

Verdacht der Kumpanei

Die Sektenaffäre um den Chef des Hannah-Arendt-Instituts entwickelt sich zur Groteske. Die sächsische Regierung will ihn gern loswerden – nur wie?

Inzwischen ist sogar der Bundestagspräsident in „tiefer Sorge“. Er habe gelesen, schrieb Wolfgang Thierse am 19. Mai an den sächsischen Wissenschaftsminister Matthias Rößler (CDU), ausgerechnet der Direktor des bekannten Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden habe sich wiederholt wohlwollend über die Scientology-Sekte geäußert. Was denn davon zu halten sei?

Vergangene Woche erhielt Thierse eine knappe Antwort aus Dresden: Seltsame Aktionen des Kirchenhistorikers Gerhard Besier seien rechtlich nicht zu beanstanden, schrieb Rößler, sie hätten mit der Forschungsstätte direkt nichts zu tun.

Doch was wie eine Entwarnung klingt, offenbart nur die Ratlosigkeit in einem bizarren Streit, der seit Monaten um den Institutsdirektor Besier tobt. Weil die Auseinandersetzung zunehmend am Ruf der Renommierereinrichtung kratzt, würde Rößler den Wissenschaftler gern loswerden. Doch der Professor wehrt sich.

Im Herbst vergangenen Jahres war Besiers Sympathie für die Pseudokirche des Amerikaners L. Ron Hubbard erstmals aufgefallen, als er bei der Eröffnung des Europäischen Scientology-Büros in Brüssel eine Rede hielt (SPIEGEL 44/2003). Was den Verdacht der Kumpanei verstärkte: Der Professor arbeitete an einer Studie über Scientology, für die ihm die sonst geheimniskrämerische Organisation Zugang zu 11000 Adressen von Mitgliedern in Deutschland geben wollte.

Später bedauerte Besier seinen Auftritt in Brüssel zwar als „Fehler“, stellte die Arbeit an dem Buchprojekt ein und erklärte gegenüber dem Kuratorium des vom Freistaat finanzierten Hannah-Arendt-Instituts, sich künftig ganz auf die Erforschung der zwei Diktaturen in Deutschland zu konzentrieren, die eigentliche Aufgabe der Einrichtung. Gleichwohl klagt Kirchenexperte Besier, er sei ein Opfer der erdrückenden Mei-



Wissenschaftler Besier
Bewusster Tabubruch



Büste des Scientology-Gründers Hubbard*: „Wieso muss er sich mit so etwas befassen?“

nungsmacht der beiden Amtskirchen, seine Wissenschaftsfreiheit werde beschnitten.

So hielt der Friede nicht lange. Im April erschien eine Ausgabe der unter anderem von Besier herausgegebenen Zeitschrift „Religion-Staat-Gesellschaft“ mit einem einzigen Thema: Das Blatt übte heftige Kritik an einem in der Tat teils dürftig belegten Scientology-Gutachten des bayerischen Innenministeriums.

Ein bewusster Tabubruch, bei dem sich der Professor gleichwohl unschuldig fühlt: „Ich habe nur der wissenschaftlichen Auseinandersetzung einen Raum gegeben“, sagt Besier. Formal hielt er sich jedenfalls exakt an die Vereinbarung vom Herbst: „Ich habe kein einziges Wort selber geschrieben, sogar auf das ursprünglich geplante Vorwort verzichtet.“

Die Kritiker konnten das nicht beruhigen. Im Gegenteil: Die Sektenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Antje Blumenthal, erregte sich, Besier habe eine der „gefährlichsten Sekten unserer Zeit“ verharmlost. „Wieso muss er sich mit so etwas befassen?“, fragt sie, es gebe doch auch andere „schöne Themen“.

Dabei geht es längst nicht mehr um Inhalte. „Fakt ist, dass die dauernde Diskussion um Scientology dem Namen des Instituts schadet“, so Wissenschaftsminister Rößler. Nun müsse das Kuratorium des Instituts Lösungen finden.

* In der Hamburger Sektenfiliale.

Das wird schwer: Besier fühlt sich als Opfer einer Kampagne und hat gleich mehrere Anwälte eingeschaltet. Ein Gespräch im sächsischen Wissenschaftsministerium kam erst zu Stande, nachdem öffentlich klargestellt worden war, dass Besier nicht „einbestellt“ wurde, sondern „eingeladen“ worden sei. Einer seiner Anwälte, der Kiebler Jurist Trutz Graf Kerksenbrock, schickte vorsorglich eine dreiseitige Stellungnahme ins Ministerium und riet seinem Mandanten, keine eigenen Erklärungen abzugeben – woran der sich hielt.

Nach diesem Auftritt sieht die Vorsitzende des Kuratoriums, Friederike de Haas, „keinen Handlungsbedarf“ – juristisch könne ohnehin nicht gegen Besier vorgegangen werden, sagt sie etwas ratlos. Der Passauer Politologe Heinrich Oberreuter, ebenfalls im Kuratorium und einer der Institutsgründer, will den „absonderlichen Aktivitäten des Direktors“ hingegen ein Ende bereiten.

Der Wille ist da, nur ein Weg ist nicht in Sicht: Erst im vergangenen Jahr ist Besier für fünf Jahre an die Spitze der Einrichtung gewählt worden, mit Oberreuters Unterstützung. Zugleich wurde er als ordentlicher Professor an die TU Dresden berufen – und ist damit praktisch unkündbar.

Bleibt nur die Chance, Besier zum freiwilligen Verzicht auf den Direktorenposten zu bewegen. Dafür müsse wohl, so fürchten Ministeriale, im Gegenzug seine Professur in Dresden aufgewertet werden – mit ein paar Planstellen etwa für ein Sekretariat und einen Assistenten. Eine teure Methode für den Steuerzahler, aber genauso wurde schon ein umstrittener Vorgänger Besiers abgeschoben.

MICHAEL FRÖHLINGSDORF